

Verkehrswende: IG Metall vereint Kräfte für nachhaltige Mobilitätskonzepte

Ein neues Bündnis überrascht die Öffentlichkeit: Die IG Metall, bekannt für ihren Einfluss in der Arbeitswelt, hat sich mit Verbänden für Fahrrad und Schiene zusammengetan und fordert eine umfassende Verkehrswende. Doch wie steht es um die Reaktion der Beschäftigten auf diese Entwicklungen? Zur Feier des 75. Jubiläums der IG Metall reflektiert die Gewerkschaft über die ...

Ein neues Bündnis überrascht die Öffentlichkeit: Die IG Metall, bekannt für ihren Einfluss in der Arbeitswelt, hat sich mit Verbänden für Fahrrad und Schiene zusammengetan und fordert eine umfassende Verkehrswende. Doch wie steht es um die Reaktion der Beschäftigten auf diese Entwicklungen?

Zur Feier des 75. Jubiläums der IG Metall reflektiert die Gewerkschaft über die tiefgreifenden Veränderungen in der Arbeitswelt seit ihrer Gründung. Das Augenmerk liegt besonders auf kritischen Industrien wie dem Automobilsektor, Maschinenbau und Stahl, die vor enormen Herausforderungen stehen, um umweltfreundlicher zu produzieren. In dieser Phase sind die Bedürfnisse der Beschäftigten von entscheidender Bedeutung, denn sie verlangen nach Stabilität und einer klaren Perspektive für die Zukunft ihrer Arbeitsplätze. Christiane Benner, die Vorsitzende der IG Metall, betont die Notwendigkeit großer Investitionen seitens der Unternehmen und der Politik.

Klimatische Bedenken bei den Beschäftigten

Der Klimawandel und die Transformation der Industrie stehen ganz oben auf der Agenda. Bilal Sahin, Betriebsrat bei VW Kassel-Baunatal, weist auf die lebhaften Diskussionen hin, die sich in der Belegschaft entwickeln. Trotz Differenzen, darunter einige Klimaleugner, zeigt eine Betriebsumfrage, dass viele Mitarbeiter durchaus ein Bewusstsein für die klimatischen Herausforderungen haben. „Unser Ziel ist es, im Dialog mit den Kollegen zu stehen“, sagen Carsten Büchling und Rhonda Koch vom VW-Betriebsrat in Nordhessen, und betonen die Notwendigkeit, spezifische Anliegen zu adressieren.

Eine nachhaltige Veränderung ist nicht nur erforderlich, sondern muss auch für die Beschäftigten finanziell tragbar sein, insbesondere im Kontext der steigenden Lebenshaltungskosten. Laut Sahin gibt es eine klare Position des Betriebsrats, die Veränderung als notwendig anzuerkennen und aktiv zu gestalten.

Ein bemerkenswertes Zeichen setzt ein neues Bündnis, bestehend aus dem Allgemeinen Deutschen Fahrradclub (ADFC), der Allianz pro Schiene, der Eisenbahn- und Verkehrsgewerkschaft (EVG) sowie der IG Metall. Sie haben ein Positionspapier veröffentlicht, das eine Neubewertung der Verkehrsinfrastruktur fordert, wobei der Fokus auf Schienen- und Radverkehr gelegt werden soll.

Die Lösung sollte auch den Kommunen ermöglichen, nachhaltige Mobilitätskonzepte zu entwickeln. Hier wird eine deutliche Verlagerung des Verkehrsweges gefordert, weg vom Automobil hin zum Schienen- und Radverkehr. Dies sind nicht nur ökologische Überlegungen, sondern auch eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Produktion im Wandel

Die IG Metall sieht die Notwendigkeit einer Transformation hin zu diesen Weichenstellungen, doch der praktische Umsetzung in den Betrieben steht die Unsicherheit gegenüber. Hans Köbrich,

ein erfahrener Vertreter aus der Autoindustrie, warnt, dass die als notwendig erachtete Verkehrswende in den Betrieben noch nicht ausreichend angekommen ist. Schließungen, wie die des Alstom-Werks in Henningsdorf – trotz des vorhandenen Bedarfs an Schienentechnologie – zeigen, dass wirtschaftliche Entscheidungen oft Vorrang haben vor gesellschaftlichen Bedürfnissen.

In dieser Diskussion spielt auch die Rückführung wesentlicher Infrastruktur wie Bahn und Energieversorgung in Gemeineigentum eine Rolle. Klaus Dörre, Arbeitssoziologe aus Jena, sieht in diesem Schritt eine potenzielle Stärkung der sozialen Verantwortung. Er äußert jedoch Bedenken über die Möglichkeiten der IG Metall, über ihr bestehendes Selbstverständnis hinaus aktiv zu werden.

Zu den Spannungen in der Diskussion über Klimawandel und Transformation kommt die Herausforderung von sogenanntem „umweltbezogenen Populismus“. Die Veröffentlichung des Umweltbundesamtes zeigt, wie mit den Argumenten der sozialen Ungerechtigkeit umgegangen wird, um Fortschritte im Umwelt- und Klimaschutz zu mindern. Das verdeutlicht, wie polarisiert die Debatte in den Betrieben geführt wird.

Diese Entwicklungen werfen bedeutende Fragen über die Zukunft von Arbeit und Mobilität auf. Der Austausch zwischen den verschiedenen Stakeholdern wird entscheidend sein, um einen Weg für ein nachhaltiges und gerechtes Verkehrssystem zu finden.

Details

Besuchen Sie uns auf: n-ag.de